

▶ ▶ ▶ Handelspolitik neu



Die US-amerikanische Handelspolitik hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Präsident Donald Trump setzte Maßnahmen wie Sanktionen gegen chinesische Firmen, Zollerhöhungen und Untergrabung des Streitbeilegungsgremiums der Welthandelsorganisation. Unter Präsident Joe Biden wurden Maßnahmen wie diese zu einer Strategie, die darauf abzielt, Amerikas führende Rolle in der Weltwirtschaft wiederherzustellen.

Der Wirtschaftswissenschaftler Dani Rodrik, Professor für Internationale Politische Ökonomie

an der Harvard University, sieht in seinem Artikel „Will New Trade Policies Leave the Developing World Behind?“¹ zwei Gründe für die Neuausrichtung der Handelspolitik der USA.

Zum einen fühlen die USA ihre nationale Sicherheit durch den technologischen Aufstieg Chinas bedroht und sehen China jetzt als ihren wichtigsten geopolitischen Rivalen. Es gibt bereits weitreichende Einschränkungen der US-Regierung für den Verkauf von modernen Chips und Geräten zur Chipherstellung an chinesische Firmen. Darüber hinaus erwarten die USA, dass andere Länder ebenfalls Chinas Ambitionen vereiteln und internationale Handelsverbindungen dafür opfern.

Zum anderen will sich die US-amerikanische Regierung nun auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Prioritäten im Inland konzentrieren, die jahrzehntelang vernachlässigt wurden. Dazu zählen Förderungsmaßnahmen zur Resilienz, zuverlässigen Lieferketten, guten Arbeitsplätzen und den Übergang zu sauberer Energie.

Ein Beispiel dafür ist der Inflation Reduction Act, das wegweisende Klimagesetz der Biden-Regierung. Dabei geht es um Subventionen für saubere Energie in Höhe von 379 Milliarden USD, die US-amerikanische Produzenten begünstigen.²

Viele Regierungen, nicht nur in Europa, waren empört und sehen ihre Positionen geschwächt.

In Europa gibt es eine weichere Unilateralität. Das CO₂-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism) der EU zielt als ein Schlüsselement des „Fit for 55“-Pakets darauf ab, hohe CO₂-Preise innerhalb Europas aufrechtzuerhalten, indem Zölle auf kohlenstoffintensive Importe wie Stahl und Aluminium erhoben werden. Dies soll den Europäische Unternehmen, die sich sonst in einem Wettbewerbsnachteil befinden, zum Vorteil gereichen. Aber es erschwert auch Entwicklungsländern wie Indien, Ägypten und Mosambik den Zugang zu den europäischen Märkten.

¹ Rodrik, Dani. „Will New Trade Policies Leave the Developing World Behind?“. 7.04.2023. Project Syndicate. <https://www.project-syndicate.org/commentary/new-rich-country-trade-policies-developing-world-must-shape-own-future-by-dani-rodrik-2023-04?barrier=accesspaylog> (11.04.2023)

² Näheres dazu im TradeCom Newsletter „Krisengewinner USA“ vom 19.01.2023. <https://www.tradecomag.com/upload/files/news/krisengewinner-usa.pdf> (11.04.2023)

Auch andere Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die sogenannten Entwicklungsländer, befürchten zunehmend, dass die USA und Europa dem multilateralen Handelsregime den Rücken kehren werden. Sie befürchten dadurch schlechte wirtschaftliche Aussichten und dass sie zu Spielbällen der Großmachtspolitik werden.

Der Multilateralismus bleibt in vielen Fällen der einzige Schutz der armen Länder gegen den Solipsismus der Großmächte, so Rodrik.

Der Klimawandel ist jedoch eindeutig eine existenzielle Bedrohung für die gesamte Menschheit. Wenn die Politik der USA und Europa die grüne Transformation gelingt, werden auch die ärmeren Länder davon profitieren. Bis dahin sollten sich Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen um Transfers und Finanzierungen bemühen, die es ihnen ermöglichen, ihrem Beispiel zu folgen, so Rodrik. Ein Beispiel dafür wäre, dass diese Länder fordern, dass die EU die Einnahmen aus dem CO₂-Grenzausgleichssystem an Exporteure in Entwicklungsländern weiterleiten, um die Investitionen dieser Unternehmen in umweltfreundlichere Technologien zu unterstützen.

Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer muss in erster Linie von ihrer eigenen Politik bestimmt werden. Der Zugang zu den westlichen Märkten wird höchstwahrscheinlich nicht verloren gehen.

Das exportorientierte Industrialisierungsmodell hat jedoch sowieso an Schwung verloren, unabhängig von der protektionistischen Politik des globalen Nordens. Rodrik sieht ein Phänomen der „vorzeitigen Deindustrialisierung“: da die heutigen Fertigungstechnologien so qualifikations- und kapitalintensiv sind, ist es für Nachzügler schwierig, den Erfolg ostasiatischer Vorreiter nachzuahmen. Zukünftige Entwicklungsmodelle müssten sich auf Dienstleistungsindustrien und kleine und mittelständische Unternehmen statt auf Industrieexporte stützen, um eine florierende Mittelschicht aufzubauen.

Der erneute Fokus der Industrieländer auf den Aufbau widerstandsfähiger, gerechter Binnenwirtschaften könnte der Weltwirtschaft auch zugutekommen. Immerhin unterstützen Bündnisse, die zusammenhalten, mit weit größerer Wahrscheinlichkeit die Offenheit für internationalen Handel und internationale Investitionen als solche, die von den ungleichen Kräften der Hyperglobalisierung erschüttert werden.

Im Jahr 2019 richtete die damalige geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, einen „Brief an die nächste Generation“ und beklagte darin den Aufstieg der Unilateralität. Sie betonte auch die Vorteile des Abkommens nach 1945. Die derzeitige Präsidentin der Europäischen Zentralbank schrieb damals: „Bretton Woods leitete eine neue Ära der globalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein, in der Länder sich selbst halfen, indem sie sich gegenseitig halfen“.

Laut Rodrik ist aber auch das Gegenteil wahr: Jede erfolgreiche globale Regierung, einschließlich des Bretton Woods-Systems, muss sich auf die Idee verlassen, dass Länder einander helfen können, indem sie sich selbst helfen.

Stabiles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum sollte für die Entwicklungsländer also zuallererst nicht die Frage nach Unterstützung der reichsten Länder der Welt sein, sondern eine Frage der eigenen Möglichkeiten und Aussichten.

Ceterum censeo TradeCom Fonds esse emendum!

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Reinhard Wallmann
(Geschäftsführer)



Mag. Margot Steinöcker
(Public Relations)

Risikohinweis!!!

Dies ist eine interne Unterlage und ist nur an einen ausgewählten Personenkreis gerichtet. Sie basiert auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen und dient der zusätzlichen Information unserer Anleger. Unsere Analysen und Schlussfolgerungen sind genereller Natur und berücksichtigen nicht die individuellen Bedürfnisse von Anlegern hinsichtlich Ertrag, steuerlicher Situation oder Risikobereitschaft. Jede Kapitalanlage ist

mit Risiken verbunden. Wir übernehmen für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der hier wiedergegebenen Informationen und Daten sowie das Eintreten von Prognosen keine Haftung. Die Unterlage ersetzt keinesfalls eine anleger- und objektgerechte Beratung sowie umfassende Risikoaufklärung. Die steuerliche Behandlung der Fonds ist von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängig und kann künftig Änderungen unterworfen sein.

Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung eines Investmentfonds zu. Ausgabe- und Rücknahmespesen der Fonds sowie sonstige externe Spesen und Steuern sind in den Performanceberechnungen nicht berücksichtigt und mindern die Rendite der Veranlagung. Ertragserwartungen stellen bloße Schätzungen zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar und sind kein verlässlicher Indikator für eine tatsächliche künftige Entwicklung.

Die aktuellen Prospekte und das Basisinformationsblatt ("BIB") sind in deutscher Sprache auf der Homepage www.securitykag.at (Unsere Fonds/Fondsdokumente) sowie am Sitz der Security Kapitalanlage AG, Burgring 16, 8010 Graz als Emittentin und der Liechtensteinische Landesbank (Österreich) AG, Hessgasse 1, 1010 Wien, als Depotbank kostenlos erhältlich.

Beratung und Verkauf erfolgen ausschließlich über befugte Wertpapierdienstleister und Banken. Alle Angaben ohne Gewähr.